Wöchentlicher Anzeiger

für Teuchern und Umgegend

Anzeigenpreis: Die sechsgespaltene Korpuszeile 45 Pfg. Reklamezeile 60 Pfg.

Anzeigenannahme in der Geschäftsstelle dieses Blattes, Zeitzerstraße 10 bis spätestens vormittags 9 Uhr. Größere und komplizierte Anzeigen müssen am vorhergehenden Tage in unseren Händen sein.

Erscheint wöchentlich 3 mal, und zwar Dienstag, Mittwoch und Freitag, abends 7 Uhr für den folgenden Tag.

Vierteljährlicher Bezugspreis: durch unsere Geschäftsstelle 5,50 Mk. von unseren Boten ins Haus gebracht 5,90 Mk. und durch den Briefträger Mk. Einzel-Nummer 15 Pfg.

Vierteljährliche und monatliche Bezüge werden außer in der Geschäftsstelle, Zeitzerstraße 10, auch von unseren Boten und allen Postanstalten angenommen.

Amtliches Verkündigungsblatt für die Stadt Teuchern.

№ 126 | Sonnabend, den 23 Oktober 1920 | 59. Jahrgang

Die letzte Woche.

Die sozialdemokratischen Parteitage, besonders derjenige der Unabhängigen in Halle, hat ein lebhaftes Nachspiel hervorgerufen. Der Streit „Für oder wider Moskau" hat eine Trennung der Unabhängigen und scharfe Auseinandersetzungen in der Parteipresse veranlaßt, obgleich wir doch eigentlich wichtige Dinge genug zu erörtern haben, die uns jedenfalls näher liegen, wie die Tendenzen des bolschewistischen Diktators Lenin, der nicht einmal in Rußland gesicherte Verhältnisse schaffen konnte, geschweige, daß er berufen erscheint, in Europa eine Aera des Völkerglücks herbeizuführen. Wie es immer deutlicher erscheint, wird es kaum allzu lange dauern, bis den kommunistischen Theoretikern in Deutschland klar wird, daß der Streit um die Lehre von Moskau eine nutzlose Aufregung war. Die Zahl derer, die an der russischen Grenze warten, um das Erbe des Bolschewismus anzutreten, ist so groß, daß die schließliche Entscheidung nicht groß zweifelhaft sein kann. Und die Wucht einer wirklichen inneren Kraft fehlt der Sowjet-Regierung in Moskau, die in deutschen Unruhen nur ein Rettungsseil erblickt, um sich aus ihrer eigenen Not herauszuhelfen.

Es ist sehr zu wünschen, daß der deutsche Reichstag, welcher jetzt seine Arbeiten wieder begonnen hat, sich weniger um die Lehrsätze der einzelnen Fraktionen, als um die politische und wirtschaftliche Notlage Deutschlands bekümmert, die um so mehr steigen muß, je mehr wir in den Winter hineinschreiten. Der Stand der Valuta ist jammervoll, die ausländischen Lebensmittel werden also immer teurer, und gegen das einheimische Schiebertum ist noch kein Heilmittel gefunden. Die Kohlenknappheit, die Folge von Spa, tritt jetzt schon deutlicher hervor, und der englische Bergarbeiterstreik wird uns, wenn er längere Zeit anhält, zweifellos indirekt treffen. Dabei nehmen die Zumutungen der Entente kein Ende. Es ist bisher nicht gelungen, die Forderung nach der Ablieferung von 800 000 Milchkühen mit Rücksicht auf die deutschen Kinder zu beseitigen. Die Beziehungen zu den Nachbarstaaten, besonders zu Polen, bieten ebenfalls Anlaß zu Besprechungen. Zu alledem gibt der Reichsetat von 41 Milliarden mit seinem großen Defizit reichlich Gelegenheit, und zwar um so mehr, als niemand weiß, ob sich nicht Neuwahlen früher oder später zur Konsolidierung des Reichskabinetts als nötig erweisen werden. Dazu darf die feierlich angekündigte neue Aera der Sparsamkeit nicht ein Schattenbild bleiben. Der Reichstag hat also genug Bedeutenderes zu tun, als daß er Zeit hätte, sich mit Nebensächlichkeiten zu befassen, und die preußische Landesversammlung, die gleichfalls von neuem zusammengetreten ist, befindet sich in derselben Lage.

Ueber die Berufung der neuen Finanzkonferenz in Genf und damit über die in Aussicht genommene Höhe der deutschen Kriegsentschädigung ist das letzte Wort trotz aller französischen Behauptungen noch immer nicht aus London gesprochen worden; und damit bleiben wir in unseren steuerlichen Zukunftsplänen so klug wie bisher. Es ist auch sehr die Frage, ob Lloyd George jetzt Lust hat, diese Angelegenheit zur Lösung zu bringen, denn der Riesenstreik der britischen Kohlenbergleute nimmt alle seine Aufmerksamkeit in Anspruch. Es ist gar nicht abzusehen, welche Hindernisse bei längerer Dauer des Ausstandes sich für die Industriebetriebe und für den Schiffsverkehr ergeben werden. Der unmittelbare Grund zur Arbeitsniederlegung war die Ablehnung von 2 Schilling für den Tag, also ein verhältnismäßig geringfügiger Betrag, zumal der Wochenlohn der englischen Arbeiter etwa 10 Pfund (200 Mark) beträgt. Hinter diesem Geldposten stehen aber wohl noch andere Meinungsverschiedenheiten, die den Ministerpräsidenten Lloyd George bewogen haben, sich auf die Seite der Arbeitgeber zu schlagen und den energischen Widerstand für das ganze Land zu proklamieren. Der Minister erkennt wohl, daß es sich in letzter Linie um sein eigenes Verbleiben im Amte handelt, denn, wenn die Arbeiter-Abgeordneten im Parlament abschwenken, ist seine politische Machtstellung schwer gefährdet. Gut heraus sind die früher auf die englische Kohle angewiesenen Franzosen. Sie haben infolge der deutschen Lieferungen Ueberfluß an Brennmaterial. Daher auch ihr Widerstand gegen die Vorschläge und Forderungen wegen der Genfer Konferenz.

Die ungarische Regierung hat sich unter Zustimmung des Landes endgültig für die Rückkehr zur Monarchie entschieden und auch bereits den Namen „königlich" ungarische Regierung wieder angenommen. Der Form nach ist der Kaiser Karl noch König von Ungarn, ob er es tatsächlich wieder werden wird, bleibt abzuwarten. In Wien wird ein neues Ministerium für Deutsch-Oesterreich infolge der sozialistisch-kommunistischen Wahlniederlage gebildet. Dort spricht man nicht von einer Wiederaufrichtung der Monarchie, besonders die Kaiserin Zita hatte es mit den Wienern gründlich verdorben.

Das Schicksal Oberschlesiens.

Die bundesstaatliche Autonomie Oberschlesiens.

Wichtige Entscheidungen über das Schicksal Oberschlesiens dürften in den nächsten Tagen getroffen werden. Von seiten der Reichsregierung wird geplant, Oberschlesien die Autonomie eines deutschen Bundesstaates zu gewähren, sofern die Abstimmung für Deutschland ausfällt. Die preußische Regierung ist mit dieser Stellungnahme einverstanden. Am Donnerstag trat der Auswärtige Ausschuß des Reichstags unter Vorsitz des Abg. Dr. Stresemann (D. Vp.) zusammen, um zu der Vorlage Stellung zu nehmen.

Wie es heißt, sollen diese Absichten jedoch innerhalb des Parlamentes, wenigstens in dieser Form, ernstem Widerstand begegnen und zwar aus Kreisen der Deutschnationalen und Deutschen Volkspartei sowie des preußischen Zentrums, während allerdings gerade das oberschlesische Zentrum den Autonomiegedanken energisch versicht.

Ein Kompromißvorschlag.

Um diese Widersprüche zu lösen, wird, wie die „Voss. Ztg." erfährt, in einflußreichen Kreisen ein Kompromiß vorgeschlagen, das dahin geht, die Autonomie für Oberschlesien nicht sofort zu erklären, sondern nur die Sperrfrist des Uebergangsartikels 167 der Reichsverfassung für Oberschlesien auf zwei Monate zu ermäßigen. Nach Artikel 10, Absatz 3, der Reichsverfassung, genügt nämlich für die Aenderung des Gebiets von Ländern und die Neubildung von Ländern innerhalb des Reiches entsetzte des sonst vorgesehenen verfassungsändernden Reichsgesetzes ein einfaches Reichsgesetz, wenn auch die unmittelbar beteiligten Länder dem zustimmen, wenn ferner „die Gebietsänderung oder Neubildung durch den Willen der Bevölkerung gefordert wird und ein überwiegendes Reichsinteresse sie erheischt". Diese Bestimmung tritt ebenso wie die folgenden, die den Abstimmungsmodus regeln, laut Artikel 167 „erst zwei Jahre nach Verkündung der Reichsverfassung in Kraft". Hier soll für Oberschlesien nur eine Ausnahme in der Art geschaffen werden, daß die oberschlesische Bevölkerung bereits zwei Monate nach Bekündigung der im Friedensvertrag vorgesehenen Abstimmung sich darüber wird entscheiden können, ob sie bei Preußen bleiben, oder innerhalb des Reiches Autonomie verlangen will.

Zur Lage.

+ **Polen besteht auf Wilna.** „Times" erfährt aus gut unterrichteter Quelle, daß die polnische Regierung als Antwort auf die Note Frankreichs und Englands in der Angelegenheit der Besetzung Wilnas erklärt habe, sie sei erstaunt, daß Frankreich und England der Ansicht seien, die Stadt Wilna müsse in den Besitz Litauens übergehen. Eine derartige Entscheidung würde zu neuen Konflikten und zu Erhebungen in der polnischen Armee führen. Die polnische Regierung richte deshalb einen dringenden Appell an die Alliierten, der Wiederaufrichtung keine Hindernisse zu bereiten.

+ **Wie Frankreich Deutschland auspreßt.** Der Finanzmitarbeiter des „Nieuwe Courant" meint, der Kohlenmangel bilde in Deutschland eines der schwersten Hindernisse für die Schaffung einer normalen industriellen Situation. Der Finanzmitarbeiter des „Handelsblad" konstatiert, Frankreich komme allmählich, besonders durch die deutschen Kohlenlieferungen aus den Zeiten der Kohlennot heraus. Bereits habe Frankreich deutsche Kohlen, die es umsonst erhalten habe, zu hohen Preisen auf dem Weltmarkt angeboten, und es sei zu erwarten, daß das in Zukunft noch in stärkerem Maße der Fall sein werde, und daß die Neutralen auf Umwegen und zu hohen Preisen Gelegenheit haben werden, deutsche Kohlen zu bekommen, die ihnen durch die Friedensbedingungen zu entgehen drohten.

• **Rückführung der Soldauer Flüchtlinge.** Die Verhandlungen über die Rückführung der Soldauer Flüchtlinge haben zu einem deutsch-polnischen Abkommen geführt. Etwa zwei Drittel der Flüchtlinge, nämlich 1426 Personen, können in der Zeit vom 18.–20. Oktober in ihre Heimstätten zurückkehren. Die Rückkehr ist mit dem gesamten nach Deutschland mitgebrachten Hab und Gut gestattet. Die Heimgekehrten treten außerdem wieder in den Besitz ihres gesamten in Soldau zurückgelassenen Eigentums. Wegen der noch zurückgebliebenen Flüchtlinge werden die Verhandlungen weiter fortgesetzt. Ueber ihren Fortgang wird die Oeffentlichkeit unterrichtet werden.

• **Die Teilung des Erbes** der alten U. S. P. scheint jetzt auf friedlichem Wege vor sich gehen zu sollen. Wenigstens hat die Leitung der „Fraktion Eichhorn" beschlossen, zunächst von „Zwangsaktionen" – die ja doch nur an einigen Orten Erfolg gehabt haben – abzusehen und eine friedliche Einigung wegen der Uebernahme der Parteibüros, Zeitung des Parteivermögens und der Zeitungen mit dem rechten Flügel herbeizuführen. Die U. S. P. (Linke), wie die neue Fraktion im Reichstag offiziell heißt, hat mit der Führung der Verhandlungen den Abg. Rechtsanwalt Dr. Herzfeld, die rechte Gruppe den Abg. Rechtsanwalt Dr. Rosenfeld beauftragt. Die Verhandlungen haben bereits begonnen.

Preußische Landesversammlung.

— Berlin, 21. Oktober.

Beginn der Etatsberatung.

Das Preußenparlament setzte heute die bereits gestern begonnene Beratung des Etats der allgemeinen Finanzverwaltung fort. Abg. Rhiel-Fulda (Ztr.) bemängelt die Etatsaufstellung. Die in den Etat eingestellten Summen seien recht problematischer Natur. Das gelte besonders von den Ueberweisungen des Reiches aus der Einkommensteuer. Der katastrophalen Entwicklung unserer Finanzen stehe die große Mehrheit unseres Volkes immer noch verständnislos gegenüber. (Sehr wahr!)

Drei Milliarden Fehlbetrag.

Unter lebhaftem „Hört! Hört!" teilte der Finanzminister Lüdemann mit, daß der ungedeckte Fehlbetrag Ende des Jahres nicht zwei, sondern mindestens drei Milliarden Mark betragen werde. Der Finanzminister wandte sich dann dagegen, daß die Landesversammlung immer neue Bewilligungen ohne Deckung mache, die stets gegen seinen Willen erfolgt seien. Wenn man die Staatsfinanzen auf eine feste Grundlage stellen wolle, so werden Ersparnisse und Einschränkungen nicht genügen. Es müssen neue Einnahmequellen erschlossen werden. Auf der anderen Seite müssen unnötige Ausgaben vermieden werden. Ferner muß der Versuch gemacht werden, bereits vorhandene Einrichtungen abzubauen. Entbehrliche Stellen bei den Behörden müssen beseitigt werden. Von sehr erheblicher finanzieller Tragweite ist ferner die Durchführung entsprechender Reformen im Rahmen der Justizverwaltung. Sie wird vereinfacht werden müssen. Das Gerichtsverfahren muß vereinfacht, der Instanzenweg muß abgekürzt werden. Die Justizverwaltung stellt augenblicklich ein Drittel der gesamten preußischen Staatsverwaltung dar.

Abg. Dr. Kühler (Dntl.) unterzieht die Etatsdarlegungen des Finanzministers einer sehr scharfen Kritik. Er macht für die schwierige Gesamtlage Erzberger verantwortlich und tritt für die Schaffung eines Finanzrates zur Kontrolle der Finanzwirtschaft der Regierung und des Parlaments ein. Nur der Ordnungsstaat kann uns retten. Eine Sozialisierung ist unter den jetzigen Umständen nur schädlich. Erst sollten die Neuwahlen stattfinden, dann können wir uns über Finanzfragen in aller Ruhe und Gründlichkeit unterhalten.

Eine Friedensdenkschrift des Kronprinzen.

Ein sehr interessantes historisches Dokument.

Der „Matin" veröffentlichte vor einiger Zeit einen angeblichen Brief des deutschen Kronprinzen aus dem Jahre 1917, der zu einem Verständigungsfrieden riet. Der Brief erregte in Frankreich einiges Aufsehen, weil er gar nicht zu dem Charakter des „alldeutschen Kriegstreibers" paßte, den man nicht nur in Frankreich, den auch viele Deutsche dem Kronprinzen nachsagten. Jetzt veröffentlicht der Major a. D. Anker, ein früherer Nachrichtenoffizier bei dem Oberkommando der Heeresgruppe Kronprinz, in der Berliner Presse eine Denkschrift, die der Kronprinz im Jahre 1917 an den Kaiser gerichtet hatte, und die in dem gleichen Sinne gehalten ist, wie der angebliche Brief des „Matin". Das Dokument ist deswegen von größtem Interesse, weil es von dem Kronprinzen, seinen politischen Anschauungen und seinem Urteil ein ganz anderes Bild gibt, als es der Oeffentlichkeit von vielen Seiten gezeichnet worden war.

Die Denkschrift rät zum baldigsten (1917) Abschluß eines Verständigungsfriedens und sagt in der Begründung u. a. folgendes:

„Wir müssen auch den moralischen Wert noch einsetzen, die Stimmung unseres Volkes, und bei ihrer Prüfung wird es sich ergeben, daß die Friedenssehnsucht in den weiteren Schichten der Bevölkerung eine recht starke geworden ist. Die ungeheuren Blutopfer des nunmehr drei Jahre andauernden Krieges die fast ausnahmslos jedes deutsche Haus und jede deutsche Familie in Trauer versetzt haben, die Aussicht, daß neue schwere Verluste an kostbaren Menschenleben zu erwarten stehen, die Gemütsdepression, die durch

Der Kindesraub im Zirkus Buffalo?

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:3-171133730-60735267119201023-17/fragment/page=0001

Entbehrung aller und jeder Art erzeugt und genährt wird, die Ernährungs- und Kohlennot, alles dies zusammengenommen hat eine Unlust in weiten Volksschichten, und zwar nicht etwa nur sozialdemokratischen, erzeugt, die für die Fortführung des Kampfes ebenso erschwerend ist, wie sie zersetzend auf den monarchischen Gedanken gewirkt hat.

Rechnet man hinzu, daß die bestimmte Hoffnung auf schnelle Beendigung des U-Bootkrieges sich nicht erfüllt hat, so wird man sich über die ernsten Stimmungen kaum wundern dürfen."

Ein Vergleich zwischen unseren Reserven und denen der Feinde führt den Kronprinzen zu dem Resultat, daß ein Vergleich beider Aufstellungen, der unseren und der gegnerischen, kaum zu unseren Gunsten ausschlagen wird. Daraus zieht der Kronprinz die Folgerung:

„Die natürliche Folge davon ist, daß selbst im besten Falle an eine Offensive nicht mehr gedacht werden darf, sondern nur an ein möglichstes Hinhalten der Stellung bei intensiver Fortführung des U-Bootkrieges für eine gewisse Zeit. Ist sie verstrichen und keine Hoffnung auf Beendigung des Kampfes eingetreten, so müssen wir den Frieden suchen, den unsere Diplomatie in der Zwischenzeit schon vorzubereiten hat . . .

Die Not wird bei uns steigen, die Auffüllung der Mannschaftsreserven bei uns von Tag zu Tag schwieriger werden.

Es handelt sich heute um die Erhaltung der Dynastie, um den Bestand des Deutschen Reiches und das Fortbestehen des deutschen Volkes. Diktieren unsere Gegner den Frieden, dann ist der letzte Buchstabe hohenzollernscher, preußischer und deutscher Geschichte mit dem gleichen Federstrich geschrieben.

Dazu darf es nicht kommen und daher ist es unsere Pflicht, wenn es sein muß, auch auf einen Verständigungsfrieden einzugehen. Ein solcher bringt uns zwar eine Enttäuschung, aber eine uferlose Verlängerung des Krieges könnte uns im Frühjahr 1918 allein, ohne Bundesgenossen, nach dreieinhalb Kriegsjahren aus schweren Wunden blutend der ganzen Welt gegenüberstehen sehen, uns mit Vernichtung bedrohen . . .

Eins steht fest: Behaupten wir uns in diesem Kriege, so sind wir tatsächlich die Sieger, weil wir gegen die ganze Welt gekämpft haben, ohne vernichtet zu werden."

Heimat und Nachbarschaft.

Teuchern, den 22 Oktober 1920.

Der Termin zur definitiven Veranlagung für die Reichs-Einkommensteuer ist, wie die Finanzämter nochmals bekannt geben, der Anfang des Kalenderjahres 1921. Die bisherigen Abzüge von Gehältern und Löhnen stellen noch keine Veranlagung, sondern nur eine Abschlagszahlung auf den nach Schluß von 1920 endgültig festzusetzenden Steuerbetrag dar, der mit 10 Prozent beginnt und je nach der Höhe des Einkommens unter Abrechnung der steuerfreien Beträge aufwärts steigt. Es werden also da oft erhebliche Nachzahlungen herauskommen, auf die sich einzurichten die Finanzämter den Steuerpflichtigen nahe legen. Letzter kann von den nach dem Auslande verschobenen Vermögensbeträgen nicht immer die Steuer nachträglich herbeigeholt werden, und diese Summen gehen in die Milliarden.

Fünf Grad Reaumur Kälte waren u. a. Mitte der Woche im Saaletal bei Naumburg, und in den Bergen war die Temperatur noch niedriger. Da wir hellen Mondschein und prächtiges Sonnenwetter am Tage haben, so müssen wir noch etwas mit diesem nächtlichen Wärmesturz rechnen. Der Lebensmitteltransport verlangt jetzt erhöhte Vorsicht. Recht wenig angenehm ist es in der Eisenbahn, der der Temperaturwechsel natürlich auch überraschend gekommen ist. 1919 war es ebenso.

— In der gestrigen **Magistratssitzung** wurde u. a. folgendes beschlossen. Als Mitglied des Ortsausschusses für Jugendpflege wo de Herr Bürgermeister Schilten gewählt. — Das Krankenhaus soll mit Wasserleitung versehen werden, welche sich an die Siedlungsleitung anschließt. — Verschiedene dringend notwendige Arbeiten im Krankenhaus und in der Kinderbewahranstalt wurden genehmigt. — Der Anbringung zweier Feuerlöschhydranten im Siedlungsgelände wurde zugestimmt, damit im Falle eines dort ausbrechenden Feuers dieses sofort tatkräftig bekämpft werden kann. — Die Isolierung des Zuflußrohres zum Wasserturme in der Siedelung wurde beschlossen. — Anstelle eines ausgeschiedenen Nachtarbeiters wurde ein Invalide eingestellt. — Der Anpflanzung von 46 Kirsch- und 38 Apfelbäumen zum Herbst 1921 wurde zugestimmt. — Desgleichen der Umschreibung des Küsterackers an die Kirchengemeinde. — Der Antrag einer Firma auf Bewilligung eines Teuerungszuschlages von 50 Proz., ferner für eine ausgeführte Arbeit wurde abgelehnt.

— **Voraussichtliche Witterung am 23 Okt. 1920.** Zunächst noch Fortdauer der herrschenden Witterung.

Naumburg, 19. Okt. (Schwurgericht) In nicht öffentlicher Verhandlung wurde das aus Großgestewitz gebürtige Dienstmädchen Martha Göcker, hier, wegen vorsätzlicher Tötung ihres am 21. Juli d. J. neugeborenen Kindes, unter Zubilligung mildernder Umstände, zu 4 Jahren Gefängnis verurteilt, worauf ihr 2 Monate Untersuchungshaft angerechnet worden sind. — Wegen Urkundenfälschung und Unterschlagung wurde der Magistratssekretär Fritz Ortleb aus Weißenfels zu 1 Jahr 6 Mon. Gef. verurteilt. Ortleb war früher Kassierer der städtischen Sparkasse Graudenz und hat als solcher mit Geldern der Sparkasse spekuliert, und um das zu verdecken, falsche Eintragungen vorgenommen und ein Sparkassenbuch mit hohen Einlagen auf einen falschen Namen angelegt. Der Stadt Graudenz ist ein Schaden von 48 400 Mk. entstanden.

Weimar, 20. Okt. (Verunglückter Zigeunerhauptmann.) Als der Zigeunerhauptmann Heinrich Franz, der sich gegenwärtig mit seinem „fahrenden" Geschäft auf dem Schießhausplatz aufhält, versuchte, seinen in Schlamm geratenen Wagen herauszubringen, die Leiten die Pferde zur Seite, so daß Franz zwischen diese und die offenstehende Tür eines Wohnwagens geriet, wodurch dem Genannten ein Arm vollständig ausgerissen wurde. Der Verunglückte verstarb alsbald an seiner schweren Verletzung. Bei der Leichenaufbahrung wurden alle, die sich zur Kondolierung einfanden, mit Wein und Sekt bewirtet. Die Ueberführung der Leiche nach Leipzig ist vorgesehen. Ein schwerer eiserner Sarg mit Zinkeinsatz, der einen Kostenaufwand von etwa 8000 Mk. ausmachte, war eigens hierzu aus Leipzig herangeholt worden.

Querfurt, 20. Oktober. (Großer Kohlenfund) Auf dem Gelände des Ziegeleibesitzers Nagel, von welchem der Lehm für Ziegel abgekarrt wird, ist man auf eine sehr große Kohlenader gestoßen. Man vermutet große Vorräte. Es handelt sich um sehr gute Hausbrandkohle.

Helmstedt, 20. Okt. (Ein Racheakt?) Der Betriebsführer Lange vom Abraum „Treue" wurde erschossen aufgefunden. Lange hatte etwa 80 000 M. Lohngelder bei sich, die er zur Auslohnung von Schachtmeistern überbringen wollte. Das Geld fand sich noch bei ihm vor. Es ist nicht ausgeschlossen, daß ein Racheakt vorliegt, da Lange bei den Arbeitern nicht beliebt gewesen sein soll.

Hettstedt, 19. Okt. (Vom Starkstrom getötet.) Der Schwiegersohn Kamann des Amtsrats Wüstenhagen, verunglückte auf der Hühnerjagd tödlich. Die Jäger hatten einen Papierdrachen aufsteigen lassen, um zu bewirken, daß die Hühner fester liegen. Dieser Drachen, den Kamann an einem dünnen Drahte führte, geriet mit der Starkstromleitung der Ueberlandzentrale in Berührung. Der elektrische Schlag wirkte auf der Stelle tödlich.

Rudolstadt, 19. Okt. (Kartoffelkreuzzüge). Am Sonntag morgen versammelte sich auf dem hiesigen Marktplatze eine etwa 250 köpfige Menge, mit Handwagen und Kartoffelsäcken versehen, die sich alsbald in der Richtung auf Catharinau und Kollmitz in Bewegung setzte, um sich mit Kartoffeln einzudecken. Mehrere Führer der sozialdemokratischen Parteien übernahmen die Leitung der Demonstration. Unterhandlungen mit dem Ortsschulzheißen ergaben größte Bereitwilligkeit der Landwirte. In den Dörfern wurden die Teilnehmer der Demonstration auf die einzelnen Gehöfte verteilt und mit Kartoffeln zum Preise von 20 Mk. für den Zentner beliefert. Der Zug brachte einen Ertrag von 360 Zentnern heim. Kaum waren die Leute in der Stadt angelangt, da versammelten sich schon wieder eine Menge von 800 Personen an der Stadtbrücke. Auch dieser Zug begab sich nach Catharinau, Kollmitz und Naudorf, wo die Bauern mit derselben Bereitwilligkeit wie am Morgen die Kartoffeln herausgaben. Die abgegebene Menge betrug diesmal 450 Zentner. Alles verlief in bester Ruhe und Ordnung. Die Führer hatten sich erst mit dem Gemeindevorstand verständigt, wieviel Kartoffeln wohl noch jeder Landwirt hergeben könne. Dann erhielt jede Partei einen Zettel, worauf ihr Anteil verzeichnet war. Am nächsten Sonntag sollen weitere Demonstrationszüge auf andere Nachbarorte veranstaltet werden, falls die Landwirte (im Laufe dieser Woche nicht freiwillig gewügend Kartoffeln zum festgelegten Preise in die Stadt liefern.

Zittau, 19. Okt. (Verhaftung einer Theatergesellschaft) In Warnsdorf in Böhmen wurde die gesamte Theaterdirektion des Exnerschen Unternehmens wegen Betrugs verhaftet und zwar auf Veranlassung des nach dem Zusammenbruch der Gründung eingesetzten Wirtschaftsrates der Schauspieler, weil Exner sich geweigert hatte, zugunsten des neuen Leiters auf die terminierte Ausübung der noch auf seinen Namen laufenden Theaterkonzession zu verzichten. Gegen Exner wurden Bargeld-, Wechsel-, und Lieferungsschulden von 200 000 Kronen angemeldet, denen kaum 10 000 Kronen gegenüberstehen.

Vermischtes.

Neue Bergarbeiterstreike im Oberröblinger Bezirk.

Halle, 20. Okt. Gestern sind die Belegschaften der Gruben „Kupferhammer" und „Walter Hoffnung" erneut in den Streik eingetreten. Es ist im Augenblick noch nicht zu übersehen, wie sich die Ereignisse im Oberröblinger Bezirk weiter entwickeln werden. Durch die fortwährenden Streiks der Bergarbeiter macht sich in einer Anzahl von Betrieben ein empfindlicher Kohlenmangel geltend, der schließlich zur Stillegung derselben führen muß. Die Halle—Hettstedter Eisenbahn sieht sich bereits gezwungen ihren Betrieb infolge der Streiks einzuschränken.

Betrügereien im Betrage von 55 Millionen Mark sind schon jetzt dem in Berlin verhafteten Gerichtsassessor a. D. Böhmer nachgewiesen. Böhmer hat als Syndikus der Niederdeutschen Handels-Aktiengesellschaft in Berlin Riesenschwindeleien mit gefälschten Ein- und Ausfuhrscheinen begangen.

Der Chef soll „brummen", weil der Lehrling schwänzt. Wie aus Trebnitz in Schlesien gemeldet wird, hat dort ein beim Verlage des Trebnitzer Anzeigers beschäftigter Lehrling an einem Sommernachmittag den Fortbildungsunterricht geschwänzt, ohne daß der Arbeitgeber davon wußte. Daraufhin hat jetzt der Arbeitgeber zu seiner Ueberraschung einen Strafbefehl erhalten, wonach er wegen unentschuldigten Ausbleibens des Lehrlings zwei Tage Haft zu verbüßen hat.

Jena, 20. Okt. Aus verschiedenen Orten Thüringens werden in letzter Zeit auffallend viele Brände von landwirtschaftlichen Anwesen gemeldet. In allen Fällen wird Brandstiftung vermutet. Zahlreiche Anzeichen lassen darauf schließen, daß den Landwirten von abgewiesenen Hamsterern der rote Hahn auf das Dach gesetzt wurde. In landwirtschaftlichen Kreisen herrscht darob starke Empörung.

In vielen Handwerkerbetrieben ist die Zahl der Gesellen erheblich verringert worden, oder es arbeitet der Meister nur mit einem Gesellen, oder ganz ohne solchen, und mit Lehrlingen. Bei den hohen Materialpreisen und Löhnen ist es nicht mehr möglich, die Preise für Reparaturen und Neuherrichtungen so billig zu halten, wie es die Kunden, die in ihren Geldmitteln oft beschränkt sind, wünschen, namentlich sind viele Hausbesitzer übel dran, und daher sind die Arbeitsaufträge für so manche Handwerker knapp geworden. Er hat sich deshalb auch mit seinen Leuten einrichten müssen. Das ist gewiß keine erfreuliche Erscheinung, denn sie steigert die Zahl der in wirtschaftlicher Bedrängnis befindlichen selbständigen bürgerlichen Existenzen, deren Zahl ohnehin viel größer ist, als nach oberflächlicher Schätzung angenommen wird.

= **Die landwirtschaftlichen Arbeitgeber und Lohnfragen.** Auf seiner Mitgliederversammlung am 19. Oktober in Berlin nahm der Reichsverband der deutschen land- und forstwirtschaftlichen Arbeitgebervereinigung folgende Entschließung an: „Die Arbeitslöhne haben in der Landwirtschaft eine Höhe erreicht, daß sie die Aufrechterhaltung der Intensität unserer Erzeugung beeinträchtigen. Eine weitere Steigerung kann nicht ohne eine weitere Erhöhung der Erzeugnispreise eintreten. Dies wird bei allen künftigen Lohntarifverhandlungen zu befürchten sein. Lohntarifverträge sind auch fernerhin überall anzustreben. Wo solche scheitern sollten, müssen sich die Arbeitgeberverbände mit einheitlichen Richtlinien für die angeschlossenen Arbeitgeber behelfen." Ferner beschäftigte sich die Versammlung mit den Plänen zum Aufbau der Arbeiter- und Wirtschaftsräte, die vom Reichsarbeits- bezw. Reichswirtschaftsministerium aufgestellt sind, und mit dem Entwurf des Arbeitsnachweisgesetzes. Für letzteres wurde volle Selbstverwaltung durch die Arbeitgeber und Arbeitnehmer gefordert; als unannehmbar wurde der vorgesehene Melde- und Benutzungszwang verworfen.

= **Die künftigen Leistungen der Versicherungsanstalten.** Der Verbandstag Deutscher Landesversicherungsanstalten in Lübeck beschloß bezüglich des zu erlassenden Notgesetzes, der Reichsregierung die beschleunigte Erhöhung der Beiträge zu empfehlen und dabei das Sondervermögen der Versicherungsanstalten so auszugestalten, daß ihnen neben der Deckung der Rentenleistungen hinreichende Mittel bleiben, daß auch die freiwilligen Leistungen (Heilfürsorge usw.) mindestens in dem bisherigen Umfange aufrecht erhalten bleiben können. Die Richtlinien über Heilfürsorge für Heeresentlassene und kriegsbeschädigte Mannschaften fanden einstimmige Annahme, dagegen soll die Gewährung von Nebenleistungen für auf Krankenfürsorge genommene Versicherte eine einheitliche Einschränkung erfahren. Bezüglich der Fürsorge für Geschlechtskranke wurden Grundsätze aufgestellt, nach denen ohne Rücksicht auf die jeweilige Zuständigkeit für eine sofortige Heilbehandlung des einzelnen Krankheitsfalles Sorge zu tragen ist. Der Durchführung des Heimstättengesetzes wurde nach den Vorschlägen des Referenten zugestimmt und dabei dem Wunsche Ausdruck gegeben, besonders auch auf die Errichtung landwirtschaftlicher und gärtnerischer Anwesen als Heimstätten hinzuwirken, solange die Möglichkeit, Wohnheimstätten zu bauen, eine beschränkte bleibt. Die Landesversicherungsanstalten würden dann in der Lage sein, derartige Heimstätten durch gemeinsame Darlehen zu unterstützen.

= **Eine Preisabbau-Konferenz.** Unter dem Vorsitz des Ministerialdirektors Hüttenheim vom Reichswirtschaftsministerium und unter Teilnahme von Ministerialdirektor Dr. Henrici vom Reichsministerium für Ernährung und Landwirtschaft fand in Koburg vom 19. bis 21. Oktober eine Konferenz zur Beratung von Maßnahmen für den Preisabbau statt. Es nehmen daran behördliche Vertreter von allen Staaten Deutschlands unter Hinzuziehung von Vertretern der Preisprüfungsstellen teil. Das Ergebnis der Beratungen wird als Material für verwaltungstechnische und gesetzgeberische Maßnahmen zum Zwecke des Preisabbaues dienen.

Allerlei aus aller Welt.

* **Eine Aktion der Mainzer Arbeiter gegen die rheinhessische Bauernschaft.** Infolge Zurückhaltung und Verschiebung von Kartoffeln hat die Mainzer Arbeiterschaft an die rheinhessische Bauernschaft ein Ultimatum gestellt, zu bestimmter Stunde ortsweise 10 Zentner pro Morgen zum Preise von 25 Mark abzuliefern, andernfalls Selbsthilfe Platz greifen würde. Es wurde ein Aktionsausschuß eingesetzt.

* **Von Straßenräubern erschossen.** Auf der Landstraße Salantz—Krottingen nahe Dorbjany wurden, wie aus Memel gemeldet wird, drei Fuhrwerke von einer Räuberbande überfallen, die seit Monaten in dieser Gegend ihr Unwesen treibt. Zwei Reisende aus Salantz, die Widerstand leisteten, wurden von den Banditen erschossen. Zwei Fuhrwerken glückte es, zu flüchten, während das dritte mit seinen Insassen und den beiden Toten vollständig ausgeplündert wurde. Es gelang, drei von den Räubern zu verhaften. Unter ihnen befindet sich ein früherer Postbeamter in Salantz.

* **Ein hartnäckiger Selbstmörder.** Ein Marseiller Arzt hielt kürzlich einen Vortrag über einen 25jährigen Neurasthenikker, der, um Selbstmord zu begehen, sich zwei lange Nägel in den Kopf schlug, die die Schädeldecke durchbohrten und in das Gehirn eindrangen. Nachdem die Nägel entfernt worden waren, steckte der Patient durch eines der Löcher eine Stricknadel. Auch das half nichts, der Selbstmörder blieb leben!

* **Königstein** (Taunus). Die Erdbebenwarte des Taunusobservatoriums verzeichnete am Dienstag wieder ein sehr heftiges Fernbeben. Die Herddistanz beträgt 8500 Kilometer.

* **Mainz.** Bei der Lebensmittelentlastungsgesellschaft für den Kreis Groß-Gerau wurde ein Zuckerfehlbetrag von 900 Zentnern festgestellt. Es ist ungewiß, welcher Art die unregelmäßigkeit ist.

Pferde zum Schlachten sowie alle Sorten **Gebrauchspferde** kauft zu den denkbar höchsten Preisen **Roßschlächterei und Speisehaus Gebr. Kettler,** vorm. **Max Behnert.** Weißenfels, Marienstr. 21. Telefon 614.

Gratulationskarten zu haben bei **Otto Lieferenz**

Ein fast neuer **Damenmantel** zu verkaufen. Näheres in der Geschäftsst. d. Bl.

8000 Mark auf Hypothek auszuleihen. Zu erfragen in der Exped.

Hautjucken besonders in der Bettwärme zu läft. Kratz. reiz. (kleine rote Punkte, wäss. Bläschen) **Krätze** heilt sicher Apoth. Schanz Hautanschlagsalbe, 2 Töpfe zu einer Kur unbed. erforderlich. 12.50 Mk. und Porto. Glänz Dankschr. Vers. per Nachn. nur durch **Apoth. Schanz & Co. Borna 59** (Bezirk Leipzig)

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:3-171133730-60735267119201023-17/fragment/page=0002

Dämon des Lebens.

Kriminalerzählung von A. Ostland.

Fortsetzung. Nachdruck verboten

Sie sprach weiter überredend, ruhig. Und allmählich löste sich Ediths furchtbare Erregtheit. Sie ließ es geschehen, daß Frau Lilian sie in ihr Zimmerchen brachte; willenlos folgte sie ihr. Ausziehen und zu Bette gehen wollte sie nicht. Aber ein wenig ruhen, klar werden.

Lilian drückte sie sanft in die Ecke des Sofas.

Und ein paar Minuten später schon fielen die Lider des bis zum äußersten ermatteten Mädchens über die Augen, der Atem wurde regelmäßig und tief.

Edith Willstadt schlief den Schlaf tiefster Ermattung.

* * *

Herbert von Ramin hatte, daheim angelangt, die ganze Wohnung dunkel gefunden. Der alte Diener, welchen Wilhelm von Ramin hielt, und der, besser als eine Magd es vielleicht gekonnt hätte, für die Bedürfnisse der beiden Herren sorgte, saß im Vorzimmer in einem Fauteuil. Als e[r] [den] Schlüssel im Schlosse knacken hörte, taumelte er empor.

„Mein Onkel ist noch nicht daheim?" fragte Herbert ablegend.

„Nein, Herr Doktor. Der gnädige Herr hat gesagt, er gehe nur für ein paar Stunden fort. Das war so nach sieben Uhr. Und jetzt ist's schon so spät."

„Legen Sie sich zu Bett, Andreas!" sagte Herbert. „Ich werde meinem Onkel selbst öffnen. Ich habe noch zu arbeiten."

Der Diener war froh, von seinem Posten erlöst zu sein. Herbert drehte im gemeinsamen Wohnzimmer das elektrische Licht auf und horchte angestrengt, ob er nicht den schweren Tritt des alten Herrn schon vernehme. Aber nichts rührte sich.

Seltsam! So lange war der Onkel doch selten aus. Nun war es beinahe zwei Uhr.

Wieder kam die Unruhe über den jungen Mann. Konnte, mußte da nicht ein Zusammenhang sein zwischen dem Unfall, welcher den Hauptmann Willstadt betroffen hatte, und dem Ausbleiben des alten Ramin? Er, Herbert, hatte doch jenen Bruchteil eines Gespräches zwischen dem Hauptmann und Frau Lilian erlauscht. Sie hatte gesagt: „Ramin wird kommen" — und er hatte sich dagegen gesträubt . . .

Und heute lag der Hauptmann halb bewußtlos auf dem Feldweg hinter seinem Garten. Weshalb war er überhaupt hinausgegangen? Hatte er am Ende Ramin dort getroffen? Aber — wenn der Onkel den Gegner wirklich niedergestreckt hätte — wo war er dann selbst?

Wieder sah Herbert von Ramin die Szenerie deutlich vor sich. Da lief der schmale Feldweg dahin zwischen dem Riedgras und dem niedrigen Buschwerk. Und gleich daneben lag der dunke Wassertümpel. Wer sich da nicht gut auskannte, wer einen Fehltritt tat . . .

Ein Schauder überrann den jungen Mann.

Aber nein! Um diese späte Nachtstunde wäre sein Onkel doch nicht erst hingegangen zu Frau Lilian! Und sie sowie Edith hatten doch nichts gewußt von Wilhelm von Ramin. Also — war er nicht dort gewesen.

Aber Ediths ganz seltsames Benehmen! Verbarg sie ihm nicht doch etwas?

Fortsetzung folgt.

Bekanntmachung.

Auf Anordnung des Heeresabwicklungshauptamts Berlin soll die restlose Erfassung des sämtlichen noch in Deutschland befindlichen Gepäcke einschließlich der Nachlässe **französischer** und **belgischer** Kriegs- und Zivilgefangenen durchgeführt werden.

Alle Arbeitgeber, die s. Zt. französische oder belgische Gefangene (auch belgische Zivilarbeiter) beschäftigt haben, werden daher hiermit aufgefordert:

1. etwaiges noch in ihren Händen befindliches, s. Zt. **zurückgelassenes Gepäck, Geld oder sonstiges Eigentum** solcher Gefangener den zuständigen oder nächsten Gefangenenlager,

2. etwaige Nachlässe einschl. Geld- und Wertsachen von während der Gefangenschaft Verstorbenen dem Zentral-Nachweise-Amt für Kriegeverluste und Kriegergräber Abt. IX (Zentralstelle für Nachlaßsachen) in Berlin S. 59, Hasenheide 97/107 **unverzüglich** nebst Verzeichnis und Angaben über Namen, Truppenteil und Wohnort des betr. ehemaligen Gefangenen zuzuführen.

Magdeburg, den 16. Oktober 1920.

Abwicklungsamt des IV. Armeekorps.

Der Vorstand: von **Puttkamer.**

Anordnung.

betreffend die Aufhebung des Verbots der Ausfuhr von Pferden.

Auf Grund des § 9 des Ausführungsgesetzes zum Friedensvertrage vom 31. August 1919 (R. G. Bl. S. 1530) sowie der Bekanntmachung des Reichswirtschaftsministers über die Anforderung von Tieren zur Erfüllung des Friedensvertrages vom 2. Dezember 1919 und der hierzu ergangenen Preußischen Ausführungsanweisung vom 6. Dezember 1919 wird folgendes angeordnet.

§ 1.

Die Anordnung, betreffend das Verbot der Ausfuhr von Pferden aus der Provinz Sachsen vom 4. September 1920 O. P. 13372 E. wird hiermit aufgehoben.

Magdeburg, den 15. Oktober 1920.

Der Oberpräsident J. V. gez. Breyer.

Lebensmittel.

Zum Verkauf kommen:

1. **Am 23. Okt. 1920** in den Butterverkaufsstellen von Haferkern, Pfeiffer, Lengacher und Müller auf die Fettmarke Nr. 4 **50 Gramm Butter** zum Preise von 1,30 Mk.
2. **Am 23. Okt. 1920** bei dem Handelsmann Pfeiffer **Quark** zum Preise von 1,05 Mk. für ½ Pfund.

Infolge der verheerenden Wirkungen der Maul- und Klauenseuche ist es noch nicht möglich die Butterverkaufsstellen am 23. 10. 20 voll beliefern zu können, weil ein Teil der zugewiesenen Butter noch nicht eingetroffen ist. Die Verausgabung der restlichen Butter wird voraussichtlich am Mittwoch, den 27. Oktober 1920 erfolgen.

Teuchern, den 22. Okt. 1920.

Der Magistrat. Schilken.

Bekanntmachung

Diejenigen Personen, welche sich bei uns zur Kartoffelversorgung angemeldet, nicht Selbstversorger sind und keine Kartoffeln von privater Seite erworben haben, können sich im laufenden Wirtschaftsjahr bis zum 1. 7. 1921 mit Kartoffeln eindecken und zwar pro Person mit 2 Ztr.

Mit dem zugeteilten Vorrat muß jeder Haushaltungsvorstand unbedingt bis zum 1. Juli 1921 ausreichen. Es wird daher hiermit dringend zur Pflicht gemacht die Kartoffeln sorgfältig zu verwahren und im Verbrauch sehr haushälterisch zu sein. Unter keinen Umständen kann bei einem vorzeitigen Verbrauch oder sonstigen Verlust seitens der Stadt Ersatz gewährt werden, da der Stadt für diesen Zweck auch nicht ein einziger Zentner zur Verfügung steht.

Die Bezahlung der Kartoffeln (42 Mk. pro Person für 2 Zentner) erfolgt auf der Polizeiwache und zwar für die Familien mit den Anfangsbuchstaben A bis G am Sonnabend d. 23. Mts. vorm. von 9 bis 12 Uhr. Nach der Bezahlung sind die Kartoffeln sofort in der städtischen Kartoffelausgabestelle in Empfang zu nehmen. Die Ausgabe für die übrigen Einwohner wird noch bekannt gemacht.

Teuchern, den 22. Okt. 1920.

Der Magistrat. Schilken.

Luxussteuererklärungen.

Die Luxussteuererklärungen für die Zeit vom 1. Juli bis 30. September 1920 sind bis zum 30. Oktober d. Js. an das hiesige Umsatzsteueramt einzureichen.

Teuchern, den 22. Oktober 1920.

Der Magistrat. Schilken.

Stadtverordneten-Sitzung

am **Sonntag, d. 24. Oktober 1920** nachmittags 4 Uhr.

Teuchern, den 19. Oktober 1920.

Scharfenberg, Stadtverordneten-Vorsteher.

Roß- Vieh- und Krammarkt.

Es wird hiermit zur öffentlichen Kenntnis gebracht, daß hier am **Mittwoch, den 27. Oktober 1920 Roß- u. Viehmarkt** und am **Donnerstag, d. 28. Oktober 1920 Krammarkt** stattfindet. Wegen der z. Zt. hier herrschenden Maul- und Klauenseuche wird am **27. Oktober 1920 nur der Auftrieb von Korbferkeln und Pferden** gestattet.

Teuchern, den 16. Okt. 1920.

Die Polizeiverwaltung. Schilken.

Deutsche demokratische Partei

Ortsgruppe Teuchern.

Versammlung

am Montag, den 25. d. Ms., abends 8 Uhr, im **Gasthof zum Löwen in Teuchern.**

Tagesordnung:

1. Das Siedlungsgesetz und seine praktische Bedeutung. (Herr Parteisekretär Walther, Merseburg.)
2. Entgegennahme von Anträgen.

Alle Mitglieder und Freunde der Partei werden hierdurch eingeladen.

Der Vorstand.

Saatkartoffeln.

Ella, — Deodara, — Up to date, Woltmann, — Vesta, — Silesia

vom Sandboden, handverlesen, offeriert billigst

Fernspr. 13 u. 317. **Paul Friedrich, Teuchern.**

Um der gesteigerten Nachfrage zu genügen, trifft heute nochmals ein und empfehle ich:

Prima frischen Schellfisch

Pfund 3 Mark,

Pa. frische Scholle

Pfund 3 Mark,

sowie

trisch geräucherte Bücklinge

Ferd. Gresse.

Empfehle:

Prima Kalbfleisch.

ff. warme Wurst à Pfd. 12 Mk.

Bratwurst à Pfd. 22 Mk.

Leberwurst à Pfd. 16 Mk.

Otto Petzsch.

Feinstes helles

Tafelöl

Margarine, feinste Tafelbutter

empfiehlt billigst **R. Näther.**

Max Lopitzsch, Bankgeschäft

Fernspr. Nr. 65 **Weissenfels.** Markt 22—23 An der Kirche.

Reichsbank-Giro-Konto

Postscheckkonto Leipzig 80983.

Verzinsung der Guthaben.

Geschäftskonten

mit Scheck- und Ueberweisungsverkehr	3¼ %

Spar-Konten

zur täglichen Verfügung	3¾ %
bei vierteljähriger Kündigung	4½ %
bei halbjähriger Kündigung	5 %

Ausführung aller Arten bankmässiger Geschäfte.

Unterwerschen.

Sonntag, den 24. Oktober von 4 Uhr an

Ballmusik.

Es ladet freundlichst ein

E. Heyme.

Feinstes

Pflaumenmus

empfiehlt **R. Näther**

Sonntag, den 24. Oktober trifft wieder ein sehr großer Transport

Prima Ferkel und Läuferschweine

bis zu 120 Pfd. schwer bei uns ein.

Gust. Schnellhardt u. Sohn,

Fernsprecher 371. **Weißenfels a. S.** Katharinenstr. 24.

Arbeitsnachweis Teuchern

Amtliche Meldestelle für alle offene Stellen.

Gesucht werden:

3 Mägde sofort, 2 Mägde zum 1. Januar, Maurer, 1 ältere Wirtschafterin, 2 Dienstmädchen in Gastwirtschaften, Arbeiter, nicht unter 20 Jahren für Erdarbeiten, 2 ältere und 2 jüngere Knechte, Leute zum Rübenroden, 1 Hufschmied.

Stellen suchen:

1 Mechaniker, 1 Korbmacher, 1 Kindermädchen, 6 Dienstmädchen nach Teuchern, 1 Heizer, 1 Schlosser.

Kirchliche Nachrichten

am 21. Sonntag n. Tr. (24. 10. 20)

Kollekte für bedürftige Gemeinden der Provinz.

Teuchern: Vorm. 10 Uhr Oberpfr. Plagemann. Nachm. 1½ Uhr Kindergottesdienst Pfr. Leitzmann.

Gröben: Nachm. 1½ Uhr Oberpfr. Plagemann.

Unterwerschen: Vormittag ½9 Uhr Pfr. Leitzmann.

Heute Freitag

Schlachtfest.

Max Dittmann.

Trauerkarten empfiehlt O. Lieferenz.

Dr. med. Rutz Facharzt für Darm- u. Magenkrankheiten

Dr. med. Böttger Facharzt für innere Krankheiten

Spez. Magen- u. Darmkrankh.

üben von heute ab ihre Praxis gemeinsam aus.

Leipzig, Harkortstr. 1. Fernsprecher 11909.

Röntgeneinrichtung, Höhensonne, und gesamte Elektrotherapie. Sprechstunden: Wochentags 8—5 Uhr.

Statt Karten.

Hugo Intrau u. Frau

Elisabeth geb. Mertins

danken herzlichst für die ihnen anlässlich ihrer Vermählung erwiesenen Aufmerksamkeiten.

Teuchern, im Oktober 1920.

Todesanzeige.

Heute morgen 10 Uhr entschlief sanft nach kurzer schwerer Krankheit mein lieber guter Mann, unser treusorgender Vater, Schwieger- und Grossvater der

Invalid Edmund Senf

im Alter von 53 Jahren

Dies zeigt tiefbetrübt an

Die trauernde Witwe nebst Kindern.

Die Beerdigung findet Montag nachm. statt.

10—12000 M.

von Selbstgeber zu niedrigem Zinsfuß auf sichere Hypothek sofort oder später auszuleihen. Schriftl. Angeb. unter R 54 an die Geschäftsstelle d. Bl.

Für die mir anlässlich meiner Rückkehr aus Sibirien zuteil gewordene herzliche Begrüssung sage der Einwohnerschaft v. Schortau meinen innigsten Dank.

Schortau im Okt. 20.

Paul Rudolph

auch namens meiner Frau.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:3-171133730-60735267119201023-17/fragment/page=0003

MARKE SALAMANDER

Qualität ist immer begehrt!

Qualität ist der bestverkäufliche Artikel auf dem Schuhmarkt. Qualität schaffiden Wert eines guten Namens. Qualität — erhöht durch Eleganz — ist die ideale Höchstleistung. Qualität muss höher sein als der Preis **Salamander-Stiefel** erfüllen diese Anforderungen

Darum ist Salamander die Marke für Sie

Vertrauen zu einem Produkt wurde niemals über Nacht erworben Nur fortgesezt erwiesene Leistungsfähigkeit begründet den guten Ruf einer Marke **Salamander-Stiefeln** sind seit Jahren erprobt. Ein grosser Teil des Publikums hat den Wert der Salamander-Stiefeln kennen gelernt. Die von der Fabrik festgesetzten Verkaufspreise für die populäre, vornehme Marke Salamander sind in jeder Alleinverkaufsstelle in ganz Deutschland einheitlich

machen Sie einen Versuch

Sie werden immer Käufer von Salamander-Stiefeln bleiben.

Salamander-Schuhwarenhaus
Rud. Ziegler Nachf.
Zeitzerstr. 41. Tel 342

Reparaturen jeder Art, auch bei mir nicht gekaufter Waren, werden in meiner Reparatur-Werkstatt gut und billig ausgeführt.

Schirmers Restaurant.
Heute Sonnabend
Kaninchen-Auskegeln.

Rich. Schiekes Restaurant.
Heute und folgende Tage
13 prozent. Klosterbräu.

Wurstverkauf.
Morgen Sonnabend Vormittag
geräucherte Bratwurst
bei **Hinniger,**
Schützenstr.

Empfehle
Pa. Rindfleisch,
„ Hammelfleisch
heute
frische Wurst
Pfund 20.— Mk.
Bratwurst
Kurt Hänn,
Fleischermeister.

Hotel z. Löwen, Teuchern.
Heute Freitag, den 22. Okt.
Gastspiel des Merseburger Stadt-Theaters.
Nur nicht drängeln
Operette in 3 Akten von Wilhelm Rosenthal
Sonntag, den 24. Okt. abends 8 Uhr
Gastspiel des Merseburger Stadt-Theaters
Direktion Arthur Dechant
Großer Operettenabend
Zum 1. Male Novität.
Die Prinzessin vom Nil
Operette in 3 Akten von Victor Holländer.
Vorverkauf im Hotel zum Löwen.

Norddeutscher Hof.
Sonnabend, den 23. Oktober
Prämienkegeln.
Es ladet freundlichst ein
R. Meinhardt.

Achtung! Achtung!
Gasthof zum grünen Baum.
Zu seinem am **Sonntag den 24. Okt.** 1920 stattfindenden
20jährigen Stiftungsfeste,
bestehend aus **Konzert, Theater und Ball** unter gütiger Mitwirkung des **Kriegsblinden Musiker und Komponisten Herrn Fritz Teut** aus Weißenfels, ladet eine geehrte Einwohnerschaft von Teuchern und Umg. zu einigen sehr genußreichen Stunden ganz ergebenst ein
Arbeitergesangverein Teuchern
Herr Teut wird nur eigene Dichtungen u. Compositionen zum Vortrag bringen.
Anfang nachm. 4 Uhr. Anfang des Konzerts 7½ Uhr.
Nach dem wieder **Ball.**
Neueste Tänze. Starkbesetztes Streichorchester.

Reinen Jamaika-Rum,
reinen Weinbrand,
echten Nordhäuser Branntwein
empfiehlt **R. Näther.**

Felsche
Schokolade
empfiehlt
Br. Billhardt.

Licht U.T. Spiele
Gröben.
Nur 2 Tage. Nur 2 Tage.
(Verlängerung unmöglich).
Sonnabend, den 23. Okt. 7½ Uhr **Abendvorstellung**
Sonntag, den 24. Okt. 3 Uhr **Jugendvorstellung**
7 Uhr **Abendvorstellung**
Dämon der Welt.
II Teil.
Das große Sensationsdrama in 6 Riesenakten.
Im Wirbel des Verderbens.
Der seit mehreren Wochen langersehnte 2. Teil ist nunmehr von der Reichs-Film-Prüfungsstelle Berlin **freigegeben** worden.
Da der Andrang Sonntag ein sehr großer sein wird, bitten wir nach Möglichkeit die Sonnabendvorstellung zu besuchen.
Voranzeige.
Vom 30. Okt — 31. Okt.
Dämon der Welt
III Teil.
In goldenes Gift.

Vereinigung ehem. Kriegsgef. Teuchern
Wir geben uns die Ehre, die Einwohnerschaft von Teuchern und Umg. zu unserm am **Sonntag, den 24. Okt.** 1920 von 6³⁰ Uhr an im „Norddeutschen Hof" in Teuchern stattfindenden
Zitherkonzert
mit anschl. Ball
anläßlich unserer Gründungsfeier ergebenst einzuladen.
Programm.
1. **Schiffelscher Zithervereinsmarsch v. Schiffel.**
2. **Der Lindenbaum** v. Schubert, Haustein, Gebr. Hermann.
3. **Stilles Glück** von Meßner Frl. Kluge und Geschw. (Erna und Erich Gentsch
4. **Brüderchen u. Schwesterchen** von Obermeier (Geschw. Erna u. Erich Gentsch)
5. **Großmütterchen, Ländler** von Langer-Rüdiger
6. **Andante** aus der Symphonie Nr. 7 C-Dur v. Haiden Maurer
7. **Am murmelnden Bächlein** von Jos Haustein-Partsch und Naumann.
8. **Arie** aus der Oper Martha v. F. v. Flotow, Frl. Kluge.
9. **Zithervereinsmarsch** v. A. Weber.

Eintrittskarten im Vorverkauf bei Zigarrenfabrikanten Franz Fischer, Ottomar Krostewitz, Friseuren Hanbenreiser u. Ernst Reiche. **Der Vorstand.**

Gasthof Runthal.
Zu dem am **Sonntag, den 24. Oktober** von nachmittag 4 Uhr an stattfindenden
BALL
ladet freundlichst ein
Gustav Schmidt.

Oeffentl. Lichtbildervorträge für Volksbildung u. Unterhaltung
In Teuchern spricht am **Montag, d. 25. Oktober** abends 8 Uhr im Gasthof **Norddeutscher Hof**
Herr Dr. Theiler aus Halle
über
Die Hansa, ihre Geschichte und Bedeutung.
Der Vortragende will an diesem Abend in Wort und Bild die wirtschaftliche und kulturelle Blütezeit des deutschen Volkes zur Zeit der deutschen Hansa schildern und dann auf die große Bedeutung der Hansa für die Gegenwart eingehen.
Die Mitteldeutsche Vereinigung für Volksbildung und Unterhaltung.
Der Vortrag wird äußerst interessant und wird von sehr guten Lichtbildern begleitet. **Eintritt 1 Mk.**

Voranzeige.
Achtung! Runthal.
Sonntag, den 31. Oktober 1920
Große Kaninchen-Ausstellung
der Kaninchenzüchtervereine Gröben—Naundorf.
Beste Kaufgelegenheit.
Die Ausstellungsleitung.

Achtung!
Sonntag, den 24. Oktober 1920 hält die
Ortsgruppe der Landarbeiter Bonau
ihren
Stiftungsball
im **Gasthofe zu Bonau** ab. Wozu alle Freunde und Gönner hiermit eingeladen werden. Der Vorsitzende
H. Müller.

Sportplatz am Bahnhof.
Sonntag, den 24. Oktober
Vorm. 10 Uhr
I. Jgd. Aue : I. Jgd. Teuchern
Nachm. 3 Uhr
Sp. V. 05 Naumburg IV. Teuchern III.

Achtung!
Sportplatz Erlen.
Sonntag, den 24. Oktober
nachm. 2 Uhr
I. Jugend Trebnitz : II. Jugend Teuchern
nach 3 Uhr
I. Mertendorf : III. Teuchern.

Bin ständig Käufer von
Schlachtpferden
und zahle die **höchsten Tagespreise. Notschlachtungen** werden Tag und Nacht ausgeführt.
Roßschlächterei Hinniger.

Schriftleitung, Druck und Verlag von Otto Bieferenz, Teuchern

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:3-171133730-60735267119201023-17/fragment/page=0004

Wöchentlicher Anzeiger

für Teuchern und Umgegend

Anzeigenpreis: Die sechsgespaltene Korpuszeile 45 Pfg. Reklamezeile 60 Pfg.

Anzeigenannahme in der Geschäftsstelle dieses Blattes, Zeitzerstraße 10 bis spätestens vormittags 9 Uhr. Größere und komplizierte Anzeigen müssen am vorhergehenden Tage in unseren Händen sein.

Erscheint wöchentlich 3 mal, und zwar Dienstag, Mittwoch und Freitag, abends 7 Uhr für den folgenden Tag.

Vierteljährlicher Bezugspreis: durch unsere Geschäftsstelle 5,50 Mk. von unseren Boten ins Haus gebracht 5,90 Mk und durch den Briefträger Mk Einzel-Nummer 15 Pfg.

Vierteljährliche und monatliche Bezüge werden außer in der Geschäftsstelle, Zeitzerstraße 10, auch von unseren Boten und allen Postanstalten angenommen.

Amtliches Verkündigungsblatt für die Stadt Teuchern.

№ 126 | Sonnabend, den 23 Oktober 1920 | 59. Jahrgang

Die letzte Woche.

Die sozialdemokratischen Parteitage, besonders derjenige der Unabhängigen in Halle, hat ein lebhaftes Nachspiel hervorgerufen. Der Streit „für oder wider Moskau" hat eine Trennung der Unabhängigen und scharfe Auseinandersetzungen in der Parteipresse veranlaßt, obgleich wir doch eigentlich wichtige Dinge genug zu erörtern haben, die uns jedenfalls näher liegen, wie die Tendenzen des bolschewistischen Diktators Lenin, der nicht einmal in Rußland gesicherte Verhältnisse schaffen konnte, geschweige, daß er berufen erscheint, in Europa eine Aera des Völkerglücks herbeizuführen. Wie es immer deutlicher erscheint, wird es kaum allzu lange dauern, bis den kommunistischen Theoretikern in Deutschland klar wird, daß der Streit um die Lehre von Moskau eine nutzlose Aufregung war. Die Zahl derer, die an der russischen Grenze warten, um das Erbe des Bolschewismus anzutreten, ist so groß, daß die schließliche Entscheidung nicht groß zweifelhaft sein kann. Und die Wucht einer wirklichen inneren [illegible] die in [illegible]kt, um [illegible] Reichs- [illegible]en hat, [illegible]ktionen, [illegible] Deutsch- [illegible]nuß, je [illegible] Stand [illegible] Lebens- [illegible]as ein- [illegible]funden. [illegible]itt jetzt [illegible]rbeiter- [illegible] zweifel- [illegible]utungen [illegible]eungen, [illegible]0 Mich- [illegible] zu be- [illegible]ten, be- [illegible] zu Be- [illegible] von 41 [illegible] Gelegen- [illegible]weiß, ob [illegible]nsoldie- [illegible] werden. [illegible] Aera der [illegible]r Reichs- [illegible]s daß er [illegible]ffen, und [illegible]falls von [illegible] derselben [illegible]

[illegible]iferenz in [illegible]ene Höhe [illegible]hte Wort [illegible]mer nicht [illegible]leiben wir [illegible]klug wie bisher. Es ist auch sehr die Frage, ob Lloyd George jetzt Lust hat, diese Angelegenheit zur Lösung zu bringen, denn der Riesenstreik der britischen Kohlenbergleute nimmt alle seine Aufmerksamkeit in Anspruch. Es ist gar nicht abzusehen, welche Hindernisse bei längerer Dauer des Ausstandes sich für die Industriebetriebe und für den Schiffsverkehr ergeben werden. Der unmittelbare Grund zur Arbeitsniederlegung war die Ablehnung von 2 Schilling für den Tag, also ein verhältnismäßig geringfügiger Betrag, zumal der Wochenlohn der englischen Arbeiter etwa 10 Pfund (200 Mark) beträgt. Hinter diesem Geldposten stehen aber wohl noch andere Meinungsverschiedenheiten, die den Ministerpräsidenten Lloyd George bewogen haben, sich auf die Seite der Arbeitgeber zu schlagen und den energischen Widerstand für das ganze Land zu proklamieren. Der Minister erkennt wohl, daß es sich in letzter Linie um sein eigenes Verbleiben im Amte handelt, denn, wenn die Arbeiter-Abgeordneten im Parlament abschwenken, ist seine politische Machtstellung schwer gefährdet. Gut heraus sind die früher auf die englische Kohle angewiesenen Franzosen. Sie haben infolge der deutschen Lieferungen Ueberfluß an Brennmaterial. Daher auch ihr Widerstand gegen die Vorschläge und Forderungen wegen der Genfer Konferenz.

Die ungarische Regierung hat sich unter Zustimmung des Landes endgültig für die Rückkehr zur Monarchie entschieden und auch bereits den Namen „königlich" ungarische Regierung wieder angenommen. Der Form nach ist der Kaiser Karl noch König von Ungarn, ob er es tatsächlich wieder werden wird, bleibt abzuwarten. In Wien wird ein neues Ministerium für Deutsch-Oesterreich infolge der sozialistisch-kommunistischen Wahlniederlage gebildet. Dort spricht man nicht von einer Wiederaufrichtung der Monarchie, besonders die Kaiserin Zita hatte es mit den Wienern gründlich verdorben.

Das Schicksal Oberschlesiens.

Die bundesstaatliche Autonomie Oberschlesiens.

Wichtige Entscheidungen über das Schicksal Oberschlesiens dürften in den nächsten Tagen getroffen werden. Von seiten der Reichsregierung wird geplant, Oberschlesien die Autonomie eines deutschen Bundesstaates zu gewähren, sofern die Abstimmung für Deutschland ausfällt. Die preußische Regierung ist mit dieser Stellungnahme einverstanden. Am Donnerstag trat der Auswärtige Ausschuß des Reichstags unter Vorsitz des Abg. Dr. Stresemann (D. Vp.) zusammen, um zu der Vorlage Stellung zu nehmen.

Wie es heißt, sollen diese Absichten jedoch innerhalb des Parlamentes, wenigstens in dieser Form, ernstem Widerstand begegnen und zwar aus Kreisen der Deutschnationalen und Deutschen Volkspartei sowie des preußischen Zentrums, während allerdings gerade das oberschlesische Zentrum den Autonomiegedanken energisch verficht.

Ein Kompromißvorschlag.

Um diese Widersprüche zu lösen, wird, wie die „Voss. Ztg." erfährt, in einflußreichen Kreisen ein Kompromiß vorgeschlagen, das dahin geht, die Autonomie für Oberschlesien nicht sofort zu erklären, sondern nur die Sperrfrist des Uebergangsartikels 167 der Reichsverfassung für Oberschlesien auf zwei Monate zu ermäßigen. Nach Artikel 10, Absatz 3, der Reichsverfassung, genügt nämlich für die Aenderung des Gebiets von Ländern und die Neubildung von Ländern innerhalb des Reiches anstelle des sonst vorgesehenen verfassungsändernden Reichsgesetzes ein einfaches Reichsgesetz, wenn auch die unmittelbar beteiligten Länder dem zustimmen, wenn ferner „die Gebietsänderung oder Neubildung durch den Willen der Bevölkerung gefordert wird und ein überwiegendes Reichsinteresse sie erheischt". Diese Bestimmung tritt ebenso wie die folgenden, die den Abstimmungsmodus regeln, laut Artikel 167 „erst zwei Jahre nach Verkündung der Reichsverfassung in Kraft". Hier soll für Oberschlesien nur eine Ausnahme in der Art geschaffen werden, daß die oberschlesische Bevölkerung bereits zwei Monate nach Beendigung der im Friedensvertrag vorgesehenen Abstimmung sich darüber wird entscheiden können, ob sie bei Preußen bleiben, oder innerhalb des Reiches Autonomie verlangen will.

Zur Lage.

+ **Polen besteht auf Wilna.** „Times" erfährt aus gut unterrichteter Quelle, daß die polnische Regierung als Antwort auf die Note Frankreichs und Englands in der Angelegenheit der Besetzung Wilnas erklärt habe, sie sei erstaunt, daß Frankreich und England der Ansicht seien, die Stadt Wilna müsse in den Besitz Litauens übergehen. Eine derartige Entscheidung werde zu neuen Konflikten und zu Erhebungen in der polnischen Armee führen. Die polnische Regierung richte deshalb einen dringenden Appell an die Alliierten, der Wiederaufrichtung keine Hindernisse zu bereiten.

+ **Wie Frankreich Deutschland auspreßt.** Der Finanzmitarbeiter des „Nieuwe Courant" meint, der Kohlenmangel bilde in Deutschland eines der schwersten Hindernisse für die Schaffung einer normalen industriellen Situation. Der Finanzmitarbeiter des „Handelsblad" konstatiert, Frankreich komme allmählich, besonders durch die deutschen Kohlenlieferungen aus den Zeiten der Kohlennot heraus. Bereits habe Frankreich deutsche Kohlen, die es umsonst erhalten habe, zu hohen Preisen auf dem Weltmarkt angeboten, und es sei zu erwarten, daß das in Zukunft noch in stärkerem Maße der Fall sein werde, und daß die Neutralen auf Umwegen und zu hohen zu großen Preisen Gelegenheit haben werden, deutsche Kohlen zu bekommen, die ihnen durch die Friedensbedingungen zu entgehen drohten.

• **Rückführung der Soldauer Flüchtlinge.** Die Verhandlungen über die Rückführung der Soldauer Flüchtlinge haben zu einem deutsch-polnischen Abkommen geführt. Etwa zwei Drittel der Flüchtlinge, nämlich 1426 Personen, können in der Zeit vom 18.—20. Oktober in ihre Heimstätten zurückkehren. Die Rückkehr ist mit dem gesamten nach Deutschland mitgebrachten Hab und Gut gestattet. Die Heimgekehrten treten außerdem wieder in den Besitz ihres gesamten in Soldau zurückgelassenen Eigentums. Wegen der noch zurückgebliebenen Flüchtlinge werden die Verhandlungen weiter fortgesetzt. Ueber ihren Fortgang wird die Oeffentlichkeit unterrichtet werden.

• **Die Teilung des Erbes** der alten U. S. P. scheint jetzt auf friedlichem Wege vor sich gehen zu sollen. Wenigstens hat die Leitung der „Fraktion Eichhorn" beschlossen, zunächst von „Zwangsaktionen" — die ja doch nur an einigen Orten Erfolg gehabt haben — abzusehen und eine friedliche Einigung wegen der Uebernahme der Parteibüros, Zeitung des Parteivermögens und der Zeitungen mit dem rechten Flügel herbeizuführen. Die U. S. P. (Linke), wie die neue Fraktion im Reichstag offiziell heißt, hat mit der Führung der Verhandlungen den Abg. Rechtsanwalt Dr. Herzfeld, die rechte Gruppe den Abg. Rechtsanwalt Dr. Rosenfeld beauftragt. Die Verhandlungen haben bereits begonnen.

Preußische Landesversammlung.

— Berlin, 21. Oktober.

Beginn der Etatsberatung.

Das Preußenparlament setzte heute die bereits gestern begonnene Beratung des Etats der allgemeinen Finanzverwaltung fort. Abg. Rhiel-Fulda (Str.) bemängelt die Etatsaufstellung. Die in den Etat eingestellten Summen seien recht problematischer Natur. Das gelte besonders von den Ueberweisungen des Reiches aus der Einkommensteuer. Die katastrophalen Entwicklung unserer Finanzen stehe die große Mehrheit unseres Volkes immer noch verständnislos gegenüber. (Sehr wahr!)

Drei Milliarden Fehlbetrag.

Unter lebhaftem „Hört! Hört!" teilte der Finanzminister Lüdemann alsdann in seiner Etatsrede mit, daß der ungedeckte Fehlbetrag Ende des Jahres nicht zwei, sondern mindestens drei Milliarden Mark betragen werde. Der Finanzminister wandte sich dann dagegen, daß die Landesversammlung immer neue Bewilligungen ohne Deckung mache, die stets gegen seinen Willen erfolgt seien. Wenn man die Staatsfinanzen auf eine feste Grundlage stellen wolle, so werden Ersparnisse und Einschränkungen nicht genügen. Es müssen neue Einnahmequellen erschlossen werden. Auf der anderen Seite müssen unnötige Ausgaben vermieden werden. Ferner muß der Versuch gemacht werden, bereits vorhandene Einrichtungen abzubauen. Entbehrliche Stellen bei den Behörden müssen beseitigt werden. Von sehr erheblicher finanzieller Tragweite ist ferner die Durchführung entsprechender Reformen im Rahmen der Justizverwaltung. Sie wird vereinfacht werden müssen. Das Gerichtsverfahren muß vereinfacht, der Instanzenweg muß abgebaut werden. Die Justizverwaltung stellt augenblicklich ein Drittel der gesamten preußischen Staatsverwaltung dar.

Abg. Dr. Kähler (Dntl.) unterzieht die Etatsdarlegungen des Finanzministers einer sehr scharfen Kritik. Er macht für die schwierige Gesamtlage Erzberger verantwortlich und tritt für die Schaffung eines Finanzrates zur Kontrolle der Finanzwirtschaft der Regierung und des Parlamentes ein. Nur der Ordnungsstaat kann uns retten. Eine Sozialisierung ist unter den jetzigen Umständen nur schädlich. Erst sollten die Neuwahlen stattfinden, dann können wir uns über Finanzfragen in aller Ruhe und Gründlichkeit unterhalten.

Eine Friedensdenkschrift des Kronprinzen.

Ein sehr interessantes historisches Dokument.

Der „Matin" veröffentlichte vor einiger Zeit einen angeblichen Brief des deutschen Kronprinzen aus dem Jahre 1917, der zu einem Verständigungsfriedens riet. Der Brief erregte in Frankreich einiges Aufsehen, weil er gar nicht zu dem Charakter des „alldeutschen Kriegstreibers" paßte, den man nicht nur in Frankreich, den auch viele Deutsche dem Kronprinzen nachsagten. Jetzt veröffentlicht der Major a. D. Anker, ein früherer Nachrichtenoffizier bei dem Oberkommando der Heeresgruppe Kronprinz, in der Berliner Presse eine Denkschrift, die der Kronprinz im Jahre 1917 an den Kaiser gerichtet hatte, und die in dem gleichen Sinne gehalten ist, wie der angebliche Brief des „Matin". Das Dokument ist deswegen von größtem Interesse, weil es von dem Kronprinzen, seinen politischen Anschauungen und seinem Urteil ein ganz anderes Bild gibt, als es der Oeffentlichkeit von vielen Seiten gezeichnet worden war.

Die Denkschrift rät zum baldigsten (1917) Abschluß eines Verständigungsfriedens und sagt in der Begründung u. a. folgendes:

„Wir müssen auch den moralischen Wert noch einsetzen, die Stimmung unseres Volkes, und bei ihrer Prüfung wird es sich ergeben, daß die Friedenssehnsucht in den weiteren Schichten der Bevölkerung eine recht starke geworden ist. Die ungeheuren Blutopfer des nunmehr drei Jahre andauernden Krieges die fast ausnahmslos jedes deutsche Haus und jede deutsche Familie in Trauer versetzt haben, die Aussicht, daß neue schwere Verluste an kostbaren Menschenleben zu erwarten stehen, die Gemütsdepression, die durch

Der Kindesraub im Zirkus Buffalo?

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:3-171133730-60735267119201023-17/fragment/page=0005